

Der Rundbrief



für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 13/24 (Nr. 19) am 25.06.24

Appell des Ortsverbandes:

Aktiv werden für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Der ver.di Ortsverband Saarbrücken unterzeichnet und unterstützt den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“ Ein entsprechender Beschluss des Vorstandes traf auf einstimmige Zustimmung der Ortsverbandstagung am 13. Juni.

In dem bundesweiten Aufruf heißt es u.a.: „Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt Waffen.“

Dazu erklärte der Vorsitzende des Ortsverbandes ver.di Saar, Rainer Tobae:

„Mit der Erlaubnis der Bundesregierung gegenüber der Ukraine jetzt deutsche Waffen gegen Ziele in Russland einzusetzen wird ein weiterer Schritt der Eskalation gegangen. Deutschland wird immer mehr zur Kriegspartei. Politiker wie die Herren Kiesewetter (CDU) und der ehemalige SPD Vorsitzende Gabriel fordern unverhohlen den Krieg auf russischen Boden zu tragen. Wir sehen die Gefahr eines militärischen Schlagabtauschs an dessen Ende von Europa und unserem Land wenig übrig bleibt.“



Tobae weiter: „Mit Waffen lässt sich keinen Frieden schaffen. ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik ab, wir widersprechen, wenn seitens des Verteidigungsministers Kriegstüchtigkeit gefordert wird.“

Kein soziales ökologisches und gewerkschaftliches Ziel kann erreicht werden, wenn wir den Frieden nicht sichern. Ob Gesundheitswesen, Bildungswesen, Infrastruktur, Verkehrswende und Transformation, bei hemmungsloser Aufrüstung werden dafür keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Wir appellieren an unsere Gewerkschaftsführung, lasst uns unsere Verantwortung gerecht werden. Beim Kampf um eine Friedenslösung müssen die Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen. Wir brauchen dringend den Schulterschluss von Gewerkschaften und Friedensbewegung. Wir brauchen einen Aufschrei und keine „Burgfriedenspolitik“ wie im Ersten Weltkrieg.“

Dokumentiert, der Beschluss des OV Saar:

ver.di OV Saar appelliert an die Gewerkschaftsführung: Aktiv werden für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit.

Aktuell erlaubt die Bundesregierung der Ukraine den Einsatz deutscher Waffen gegen Ziele in Russland. Schon wieder ist ein weiterer Schritt der Eskalation gegangen, Deutschland wird immer mehr zur Kriegspartei. Wir sehen die Gefahr eines großen Schlagabtausches bei dem von Europa, speziell Deutschland, kaum etwas übrig bleiben wird.

Wir sind entsetzt, dass tausende junge Menschen in den Schützengräben verbluten. Wir finden es unverantwortlich, dass deutsche Waffen wieder Menschen in Russland töten. Wir wollen nicht vergessen, dass die deutsche Wehrmacht im II. Weltkrieg über 25 Millionen Sowjetbürger ermordete. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung heute mit allen diplomatischen Mitteln für eine Friedenslösung zu wirken, es verbieten sich Waffenlieferungen.

Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen. ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und wir widersprechen, wenn seitens des Verteidigungsministers gefordert wird, Deutschland sollte kriegstüchtig werden. Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich nur gemeinsam, mit intensiverer Kooperation bewältigen.

Kein soziales und ökologisches gewerkschaftliches Ziel wird erreicht werden, wenn wir den Frieden nicht sichern. Ob Gesundheitswesen, Bildungswesen, Infrastruktur und Verkehrswende - mit Aufrüstung wird dafür kein Geld mehr übrig sein..

Die Junge Union will auf dem Saarlouiser Ford-Gelände „einsatzfähige“ Panzer bauen. Die CDU-Landtagsfraktion möchte, dass die Landesbank Saar Rüstungsbetriebe finanzieren soll. Und das saarländische Wirtschaftsministerium meint, es spreche grundsätzlich nichts gegen Verhandlungen mit Rüstungsunternehmen. Die FDP Saar unterstrich in der Auseinandersetzung mit dem Ortsverein der Gewerkschaft ver.di die angebliche Bedeutung einer starken Verteidigungsindustrie für die Saar. Das ist nicht die Transformation, die wir wollen.

Deutschland hat wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt und sich damit



selbst ganz erheblich geschadet. Wenn es um ein verbündetes Land geht, werden Milliarden locker gemacht, die für andere Zwecke fehlen. Das Grundgesetz wurde geändert, um trotz Schuldenbremse ein „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro ins Leben zu rufen – ein „Vermögen“, das ausschließlich aus Schulden besteht. Außerdem soll der Rüstungsetat das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen; zwei Prozent des Bruttosozialprodukts sollen für militärische Zwecke ausgegeben werden. Natürlich fehlen diese Milliarden in der Bildung, in Pflegeeinrichtungen und in der Verkehrsinfrastruktur.

Der Ortsverein Saarland der Gewerkschaft ver.di versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Wir haben entsprechende Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, waren am Antikriegstag und beim Ostermarsch dabei und haben aus Anlass des 75. Jahrestages des Grundgesetzes bei der „Straße der Demokratie“ besonders das Friedensgebot herausgestellt. Der Vorstand des Ortsvereins Saarland der Gewerkschaft ver.di unterstützt den Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“. Dort heißt es u.a. „Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen.“

In diesem Sinne appellieren wir an unsere Gewerkschaftsführung, lasst uns unserer Verantwortung gerecht zu werden. Beim Kampf um eine Friedenslösung müssen die Gewerkschaften mit an erster Stelle stehen. Wir brauchen dringend den Schulterschluss von Gewerkschaften und Friedensbewegung, wir brauchen einen Aufschrei und keine Burgfriedenspolitik wie im Ersten Weltkrieg.

Saarbrücken, 13.6.24

Tageszeitung interviewte unseren Vorsitzenden

Es fehlen Mittel, die Probleme zu lösen

Die überregionale Tageszeitung Junge Welt aus Berlin führte am 25. Juni ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ortsverbandes Saar von ver.di, Rainer Tobae. Wir dokumentieren.

Der Verdi-Ortsverband Saar hat sich im Juni 2023 gegründet. Gab es einen bestimmten Grund?

Wir wollten eine neue Möglichkeit schaffen, die gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Debatte in Verdi intensiver führen zu können.

Und wir wollen in aktuelle Auseinandersetzungen eingreifen und Kollegen, die in betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen stehen, aktiv unterstützen.

Was kritisieren Sie am Gewerkschaftsvorstand?

Zunächst einmal finde ich, wir müssen uns aus der Einbindung in die Politik der Bundesregierung stärker lösen. Wir haben beim letzten Vorstandstreffen des Ortsverbandes eine Erklärung beschlossen, in der wir an die Gewerkschaftsführungen appellieren, aktiv zu werden für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit. Die Ankündigung der Bundesregierung, dass die Ukraine Waffen auf russischem Territorium einsetzen kann, bedeutet eine enorme Verschärfung. Das war der aktuelle Anlass. Wir sehen, dass durch den wahnsinnigen Aufrüstungskurs keine Mittel mehr vorhanden sind, um die Probleme im Land zu lösen.

In dem Appell fordern Sie den Schulterschluss der Gewerkschaften mit der Friedensbewegung. Was bedeutet das konkret?

Ich würde schon erwarten, dass die Friedensfrage stärker in den Mittelpunkt gerückt wird. Wenn Verdi auf dem Bundeskongress beschließt, Verdi ist Bestandteil der Friedensbewegung, dann heißt das auch, dass man aktiv wird in der Friedensbewegung.

In der gewerkschaftlichen Debatte geht es viel dar-

»Es fehlen Mittel, die Probleme im Land zu lösen«

Verdi-Ortsverband Saar kritisiert Bundesvorstand für seinen Regierungskurs. Ein Gespräch mit Rainer Tobae

Der Verdi-Ortsverband Saar hat sich im Juni 2023 gegründet. Gab es einen bestimmten Grund?

Wir wollten eine neue Möglichkeit schaffen, die gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Debatte in Verdi intensiver führen zu können. Und wir wollen in aktuelle Auseinandersetzungen eingreifen und Kollegen, die in betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen stehen, aktiv unterstützen.

Was kritisieren Sie am Gewerkschaftsvorstand?

Zunächst einmal finde ich, wir müssen uns aus der Einbindung in die Politik der Bundesregierung stärker lösen. Wir haben beim letzten Vorstandstreffen des Ortsverbandes eine Erklärung beschlossen, in der wir an die Gewerkschaftsführungen appellieren, aktiv zu werden für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit. Die Ankündigung der Bundesregierung, dass die Ukraine Waffen auf russischem Territorium einsetzen kann, bedeutet eine enorme Verschärfung. Das war der aktuelle Anlass. Wir sehen, dass durch den wahnsinnigen Aufrüstungskurs keine Mittel mehr vorhanden sind, um die Probleme im Land zu lösen.

In dem Appell fordern Sie den Schulterschluss der Gewerkschaften mit der Friedensbewegung. Was bedeutet das konkret?

Ich würde schon erwarten, dass die Friedensfrage stärker in den Mittelpunkt gerückt wird. Wenn Verdi auf dem Bundeskongress beschließt, Verdi ist Bestandteil der Friedensbewegung, dann heißt das auch, dass man aktiv wird in der Friedensbewegung.

In der gewerkschaftlichen Debatte geht es viel darum, wie man den Kollegen den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau



Rainer Tobae ist Vorsitzender des Verdi-Ortsverbandes Saar

erklärt. Was ist, wenn die Kollegen das wissen? Und die meisten sind ja auch gegen den Krieg. Was fehlt, sind die großen Aktionen.

Es ist schwierig, von fast null auf hundert in die Organisation von Großaktionen zu kommen. Da gibt es keinen Automatismus, auch wenn erkannt wird, wie notwendig das ist. Viele Kollegen verstehen auch den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau. Aber es mündet noch nicht – auch nicht in den gewerkschaftlichen Gremien – in den Aufschrei, das Ding jetzt zu wenden. Um da hinzukommen, müssen wir arbeiten. Und das ist es, was uns als Ortsverband aktiviert und antreibt. Wir möchten weiter das Unsere dazu tun und werden zum Beispiel zur Kundgebung des DGB am Antikriegstag in Völklingen mobilisieren.

Wie groß ist Ihr Einfluss in die Gewerkschaft hinein?

Unsere erste Veranstaltung war mit Frank Deppe zum Thema »Die Waffen nieder – Gewerkschaften in Kriegszeit damals und heute«. Das Interesse war sehr groß. Wir haben für den Ostermarsch 40 Kolleginnen und Kollegen

mobilisieren können. Wir waren am 1. Mai mit unseren Transparenten vertreten. Und das wird wahrgenommen.

Haben Sie Einfluss in die Verdi-Gremien?

Bei einer Veranstaltung – zum Beispiel in Auswertung des Verdi-Gewerkschaftskongresses – mit unserm Geschäftsführer Saar/Trier, Thomas Müller, haben wir unsere Positionen dargelegt. Wir sind mit zwei Vertretern im Verdi-Bezirksvorstand vertreten, dort bringen wir Themen ein.

Wer kommt zu Ihren Veranstaltungen?

Wir erreichen immer wieder neue Leute. Wir hatten zum Beispiel eine Veranstaltung zu Krisen des globalen Kapitalismus und gewerkschaftlichen Transformationsstrategien zusammen mit Hans-Jürgen Urban von der IG Metall und der Arbeitskammer des Saarlandes. Denn wir stellen ja fest, wenn man so eine Politik betreibt, die die Reichen nicht belastet, die Schuldenbremse nicht antastet und gleichzeitig Abermilliarden in der Rüstung verbrennt, dann gibt es keine Mittel mehr, die Probleme im Land zu lösen. Egal, ob das die Wohnungsfrage oder die Frage der Transformation ist. Ford verlässt das Saarland. Nun fordert die Junge Union, auf dem Ford-Betriebsgelände Panzer zu produzieren. Und das saarländische Wirtschaftsministerium hat signalisiert, darüber muss man mal nachdenken.

Das ist eine Transformation, die wir ablehnen. Die Saarländische Landesbank hatte die Regel, keine Kredite an Rüstungsbetriebe zu vergeben. Das wurde nun verändert. Das haben wir scharf kritisiert und versuchen so, die öffentliche Debatte zu beeinflussen.

Interview: Susanne Knütter

um, wie man den Kollegen den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau erklärt. Was ist, wenn die Kollegen das wissen? Und die meisten sind ja auch gegen den Krieg. Was fehlt, sind die großen Aktionen.

Ortsverein online:

Rundbriefe im Netz

Auf der privaten Webseite des Kollegen Quetting gibt es eine extra Seite für den Ortsverein der verdi. Dort findest Du neben einigen Infos alle Ausgaben unserer Rundbriefe: <https://www.quetting.de/ver-di-OV-Saar/>

Es ist schwierig, von fast null auf hundert in die Organisation von Großaktionen zu kommen. Da gibt es keinen Automatismus, auch wenn erkannt wird, wie notwendig das ist. Viele Kollegen verstehen auch den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau. Aber es mündet noch nicht – auch nicht in den gewerkschaftlichen Gremien – in den Aufschrei, das Ding jetzt zu wenden. Um da hinzukommen, müssen wir arbeiten. Und das ist es, was uns als Ortsverband aktiviert und antreibt. Wir möchten weiter das Unsere dazu tun und werden zum Beispiel zur Kundgebung des DGB am Antikriegstag in Völklingen mobilisieren.

Wie groß ist Ihr Einfluss in die Gewerkschaft hinein?

Unsere erste Veranstaltung war mit Frank Deppe zum Thema »Die Waffen nieder – Gewerkschaften in Kriegszeiten damals und heute«. Das Interesse war sehr groß. Wir haben für den Ostermarsch 40 Kolleginnen und Kollegen mobilisieren können. Wir waren am 1. Mai mit unseren Transparenten vertreten. Und das wird wahrgenommen.

Haben Sie Einfluss in die Verdi-Gremien?

Bei einer Veranstaltung – zum Beispiel in Auswertung des Verdi-Gewerkschaftskongresses – mit unserm Geschäftsführer Saar/Trier, Thomas Müller, haben wir unsere Positionen dargelegt. Wir sind mit zwei Vertretern im Verdi-Bezirksvorstand vertreten, dort bringen wir Themen ein.

Wer kommt zu Ihren Veranstaltungen?

Wir erreichen immer wieder neue Leute. Wir hatten zum Beispiel eine Veranstaltung zu Krisen des globalen Kapitalismus und gewerkschaftlichen Transformationsstrategien zu-

sammen mit Hans-Jürgen Urban von der IG Metall und der Arbeitskammer des Saarlandes. Denn wir stellen ja fest, wenn man so eine Politik betreibt, die die Reichen nicht belastet, die Schuldenbremse nicht antastet und



gleichzeitig Abermilliarden in der Rüstung verbrennt, dann gibt es keine Mittel mehr, die Probleme im Land zu lösen. Egal, ob das die Wohnungsfrage oder die Frage der Transformation ist. Ford verlässt das Saarland. Nun fordert die Junge Union, auf dem Ford-Betriebsgelände Panzer zu produzieren. Und das saarländische Wirtschaftsministerium hat signalisiert, darüber muss man mal nachdenken.



Das ist eine Transformation, die wir ablehnen. Die Saarländische Landesbank hatte die Regel, keine Kredite

an Rüstungsbetriebe zu vergeben. Das wurde nun verändert. Das haben wir scharf kritisiert und versuchen so, die öffentliche Debatte zu beeinflussen.

Hinweis:

Einladungen zu den Vorstandssitzungen

Wir verschicken die Einladung an den Vorstand stets auch an uns gemeldete interessierte Kolleginnen und Kollegen. Sollten diese dreimal hintereinander ohne Mitteilung nicht kommen, werden sie nicht mehr eingeladen. Für Entschuldigungen reichen kurze formlose Mitteilungen per Mail an Mchael@Quetting.de oder per WhatsApp oder SMS an 0151 14736875.

Wir wollen nicht baden gehen:

Von St. Wendel nach Travemünde

250 Menschen protestierten am 12. Juni bei der Gesundheitsministerkonferenz in Lübeck-Travemünde. Mit dabei auch Saarländer und Streikende aus St. Wendel.

Jedes Jahr treffen sich die Gesundheitsminister an einem anderen Ort in Deutschland. Diesmal ging es nach Travemünde und wieder waren Protestierende der ver.di vor Ort, um Prof. Karl Lauterbach und den anderen mit den Forderungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen zu konfrontieren. Mit dabei eine Abordnung der Streikenden der Bosenbergklinik, die mittlerweile sich im unbefristeten Streik für einen Tarifvertrag befinden, und von der Saarbrücker SHG-Kliniken Sonnen-

Bühler betonte öffentlich in Anwesenheit der Minister, dass es einen Unterschied mache, ob man in einem Betrieb mit Tarifvertrag arbeitet oder nicht.

Wie uns Gewerkschaftssekretärin Lisa Summkeller berichtet, hat der Streik trotz Notdienstarbeiten erhebliche Auswirkungen auf die Behandlung der Patienten. Die für eine Rehabilitation notwendigen Behandlungen würden dadurch brach liegen. Das wiederum habe zur Folge, dass an das St. Wendeler Haus über-



berg. Sylvia Bühler vom ver.di-Bundesvorstand solidarisierte sich mit den kämpfenden Kolleginnen der Reha-Klinik auf dem Bosenberg in St. Wendel, die sich größtenteils seit dem 28. Mai im Streik befinden und seit dem 18. Juni unbefristet streiken, nachdem dies durch die Kolleginnen in einer Urabstimmung mit 93 % so beschlossen wurde.

wiesene Menschen oftmals früher abreisten oder erst gar nicht ins Saarland kommen, um sich hier zu regenerieren.

Auch wir fordern den Betreiber Mediclin auf, endlich zu verhandeln. Im September 23 hatte man nach Protesten, an denen sich auch unser Ortsverband beteiligte, mit Verhandlungen begonnen, diese aber seitens des Arbeitgebers im März 24 abgebrochen.



Am 8. August nächstes Treffen:

Im Juli machen wir mal Pause

Auch die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter des Ortsverein machen mal Pause. Und deswegen haben sie entschieden, sich im Juli nicht zu treffen. Unser nächstes Treffen findet am 8. August um 18:00 Uhr im ver.di-Haus statt.

Schon zur Juli-Sitzung hatten sechzehn Kolleginnen und Kollegen um Entschuldigung gebeten. Auch wenn die Sonne zu wünschen übrig lässt, man merkt, es ist Urlaubszeit. Deswegen haben wir schon im Vorfeld entschieden, dass wir uns im Juli nicht treffen. Das nächste reguläre Treffen wird am zweiten Donnerstag im August stattfinden. Das ist der 8.8. zur üblichen Zeit um 18 Uhr im ver.di Haus.

Seit Juni läuft die Forderungsdiskussion für die Beschäftigten von Bund und Kommunen, bei der mehr Geld und Entlastung sowie Arbeitszeit eine maßgebliche Rolle spielen werden. Am 9. Oktober stellt unsere Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst die Forderung für die Tarifaueinandersetzung mit Bund und Kommunen auf, die Verhandlungen starten dann im Januar 2025. Die Tarifrunde



Es ist Sommer. Nicht klar ist, ob auch die Sonne rauskommt. Vorsitzender Rainer Tobae und Stellvertreterin Charlotte Mathieu haben schon mal die Liegestühle der ver.di-Jugend rausgeholt.

Wie in der Gruppe besprochen, wollen wir uns auf der Augustsitzung schwerpunktmäßig mit der anstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes beschäftigen. Als Gast haben wir dazu die Gewerkschaftssekretärin Lisa Summkeller vom Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft eingeladen.

Im Januar 2025 starten die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen. Tariferfolge, wie wir sie im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren durchsetzen konnten, wollen gut vorbereitet sein, denn bekanntlich gilt: Ordentliche Tarifverträge fallen nicht vom Himmel. Aktuell diskutieren die Kolleginnen und Kollegen mit welchen Forderungen man in die Tarifrunde gehen will. Schon im Frühjahr hatte es eine umfangreiche Arbeitszeitbefragung gegeben.

für die Beschäftigten der Länder folgt dann im Anschluss.

Unter dem Motto „Zusammen geht mehr“ werden derzeit Tarifbotschafter*innen in den Betrieben und Verwaltungsstellen geworben. Unser Ortsverband hilft dabei konkret beim Krankenhaus St. Ingbert.

